

Niederschrift über die 01. Sitzung der Stadtvertretung am 19. Februar 2004
im Ratssaal des Rathauses, Am Markt 12

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.15 Uhr

Beratungspunkte

-Öffentlicher Teil-

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Anträge zur Tagesordnung
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 07. Sitzung der Stadtvertretung am 11. Dezember 2003
5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse
6. Mitteilungen des Bürgervorstehers
7. Mitteilungen des Bürgermeisters
8. Über-/außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2003
9. Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002 gem. § 94 (3) Gemeindeordnung
10. Bebauungsplan Nr. 83 der Stadt Mölln für eine Wohnbebauung auf dem Gelände Brandt an der Hindenburgstraße
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB -vorher TOP 12-
11. 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 der Stadt Mölln für das Gebiet nördlich der Kösliner Straße, östlich der Dr.-Richard-Dörr-Straße
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB
12. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 9 der Stadt Mölln für das Gebiet westlich Ratzeburger Straße, östlich der Bundesstraße 207, nördlich des Kleingartengeländes in einer Tiefe von ca. 60 m
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB - vorher TOP 10-
13. Dorfentwicklungsplan Amt Nusse, Integration regionaler Projekte aus Mölln
hier: Intekommunale Vereinbarung; Bereitstellung Haushaltsmittel

-Nichtöffentlicher Teil-

14. DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH
 - a) Bericht des Bürgermeisters
- Öffentlicher Teil-
- b) Antrag der CDU- und der FDP-Fraktion v. 15.02.2004
 15. Behandlung der Anträge der Fraktionen
 - a) Antrag der CDU-Fraktion v. 07.01.2004
Betr.: Einrichtung einer regionalen Wirtschaftsinitiative (RWI)
 - b) Antrag der CDU-Fraktion v. 01.02.2004
Betr.: Umgestaltung des Wochenmarktes
 - c) Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion v. 03.02.2004
Betr.: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Mölln
hier: § 6 Ständige Ausschüsse
 - d) Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion v. 03.02.2004
Betr.: Bedürfnisanstalten
hier: Gebühr für Benutzung
 16. Anfragen und Eingaben
 17. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
 18. Schließung der Sitzung

Anwesenheitsliste:

A) Stadtvertretung :

CDU-Fraktion:

Ratsherr Hans-Hermann Albrecht
Ratsherrin Christiane Gehrman
Ratsherr Horst Gloyer
Bürgermeister Matthias Heidelberg – Vorsitzender-
Ratsherr Claus Jahnke
Ratsherr Horst Kühl
Ratsherr Gerd Kühme
Ratsherr Michael Kroll
Ratsherr Ulrich Leppek
Ratsherr Sven Michelsen
Ratsherrin Lieselotte Nagel
Ratsherrin Jutta Schlage
Ratsherr Bernd Schierstaedt
Ratsherr Jörg Steffen
Ratsherr Kay-Friedrich Voß – *fehlt entschuldigt-*

SPD-Fraktion:

Ratsherr Matthias Brötzmann
Ratsherr Ronny Dechow
Ratsherrin Sylvia Richter
Ratsherrin Dagmar Rossow
Ratsherr Uwe Schlegel
Ratsherrin Heike Wulf
Ratsherr Peter Zdarsky

FMW-Fraktion:

Ratsherr Joachim Groninger
Ratsherr Dieter Kamke
Ratsherr Horst Reichgardt
Ratsherr Hans Reis

FDP-Fraktion:

Ratsherr Ralf Hinze
Ratsherr Dieter Ruhland

Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jonas David
Ratsherrin Regina Hälsig

B) Von der Verwaltung:

Bürgermeister Engelmann
Herr Kohlrus
Herr Piron
Herr Gehrman
Frau Schult
Herr Wendland
Herr Thun
Herr Kuhmann
Frau Würdemann

Protokollführer:

Elke Spuler

Ausschließungsgründe gem. § 22 GO lagen vor für:

- Ratsherrn Kühl zu TOP 10 u. 13,
- Ratsherrn Brötzmann zu TOP 15 a)

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

- Bürgervorsteher Heidelberg begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsmäßige Ladung und die Beschlussfähigkeit fest; entschuldigt fehlt Ratsherr Kay Voß. Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen; der Bürgervorsteher würdigt die Verdienste und das vielfältige Wirken des *verstorbenen Bürgerdelegierten Herrn Günter Thies* zum Wohle der Stadt Mölln im Rahmen einer Gedenkminute.
- Grüße werden vom ehemaligen Bürgervorsteher Alfred Flögel übermittelt, der diesmal aus krankheitsbedingten Gründen nicht als Gast an der Sitzung teilnehmen kann.
- Besonders begrüßt werden die Vertreter der Presse.

2. Einwohnerfragestunde
Hierzu liegt nichts vor.

3. Anträge zur Tagesordnung

- Bürgervorsteher Heidelberg weist darauf hin, dass Vorlagen vorliegen zu TOP 13 – Dorfentwicklungsplan Amt Nusse und zu TOP 14 – Antrag CDU-/FPD-Fraktion;
DRK-Krankenhaus Ratzeburg-Mölln gGmbH;
- Auf Anregung des Bürgervorstehers besteht Einvernehmen, die Vorlagen 10 und 12 zu tauschen, um Ratsherrn Kühl ein unnötiges Raus- u. Reingehen zu ersparen (Ausschließungsgründe liegen vor für TOP 10 und 13);
- Ferner ist die Stadtvertretung damit einverstanden, TOP 14 in a) u. b) zu teilen (öffentlicher- nichtöffentlicher Teil der Sitzung) um Bürgermeister Engelmann Gelegenheit zu geben, über den Verlauf der AR-Sitzung DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH v. 13.02.04 in nichtöffentlicher Sitzung zu berichten.

Unter Berücksichtigung dieser Änderungen ist die Tagesordnung v. 05.02.04 genehmigt.

4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die 07.Sitzung der Stadtvertretung am 11. Dezember 2003

Einwendungen liegen nicht vor.

5. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse

Auf den schriftlich vorliegenden Bericht v. 11.02.2004 wird verwiesen.
Die Stadtvertretung nimmt Kenntnis.

- Fragen von Ratsherrn Kühl nach dem Ergebnis der Verhandlungen betr. Abwasserzweckverband (Ifd. Nr. 94) werden von Bürgermeister Engelmann beantwortet. Danach ist es so, dass die Fa. Treukom von den Vereinigten Stadtwerken beauftragt ist, Prüfungen, insbesondere im Hinblick auf zu erzielende Synergieeffekte, vorzunehmen. Der Bericht wird voraussichtlich Ende des 1. Quartals vorliegen.
- Eingehend auf eine Frage von Ratsherrn Ruhland zum Haushalt 2004 wird von Bürgermeister Engelmann erklärt, dass eine *Genehmigung für den Haushalt 2004* derzeit noch nicht vorliegt.

6. Mitteilungen des Bürgervorstehers

- Nachträglich werden eingangs die obligatorischen *Geburtstagsglückwünsche* von Bürgervorsteher Heidelberg an Mitglieder der Stadtvertretung übermittelt.
- An Ratsherrn *Zdarsky* gerichtet, gehen beste Wünsche für einen weiteren guten *Genesungsverlauf* nach längerer Krankheit.
- In der *Verwaltungsrechtssache Kühl ./ Stadtvertretung* teilt Bürgervorsteher Heidelberg mit, dass das Schleswig-Holsteinische Obergericht Schleswig den Antrag auf Zulassung der Berufung gegen das Urteil des Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgerichtes abgelehnt hat.

7. Mitteilungen des Bürgermeisters

Auf den schriftlich vorliegenden Bericht v. 11.02.2004 wird verwiesen.

Bürgermeister Engelmann weist zu

- Ziff. 7.1 - Tätigkeitsbericht der Gleichstellungsbeauftragten- darauf hin, dass Frau Kaack aus persönlichen Gründen an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen kann.
Eingehend auf den Bericht – I. Vorwort, S. 2, letzter Abschnitt- bittet Ratsherrin Hälsig um Beantwortung folgender Fragen:
 - Welche Arbeiten bleiben liegen?
 - Wieviel Stunden würde eine Vertretungskraft benötigen ?
 - Was müsste diese leisten ?

Einvernehmen besteht, den Bericht der Gleichstellungsbeauftragten auf die Tagesordnung des Hauptausschusses zu setzen und die Fragen dort zu beantworten.

Ferner informiert Bürgermeister Engelmann ergänzend darüber, dass die Verwaltung aufgrund der Bitte von Ratsherrn Kühl bezüglich der

- Übernahme von Kosten durch den Schulträger für Schwimmfahrten (s.Niederschrift 07/03 v. 11.12.03, zu TOP 12/13) eine Umfrage über den Städtebund veranlasst hat. Sobald das Ergebnis vorliegt, wird die Verwaltung darüber berichten.

Weitere Fragen liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung nimmt den o.e. Bericht zur Kenntnis.

8. Über-/außerplanmäßige Ausgaben im Haushaltsjahr 2003

Die Vorlage des Kämmereiamtes v. 05.02.2004 wird vom Vorsitzenden des Finanzausschusses, Ratsherrn Schlegel, eingebracht und ergänzend kurz erläutert. Unter Hinweis hierauf fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung genehmigt für das Haushaltsjahr 2003 die über-/außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungshaushalt in Höhe von 280.600 EUR gem. der o.e. Vorlage beigefügten Zusammenstellung

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

9. Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002 gem. § 94 (3) Gemeindeordnung

Die Vorlage des Kämmereiamtes v. 05.02.2004 wird vom Vorsitzenden des Finanzausschusses, Ratsherrn Schlegel, eingebracht und ergänzend kurz erläutert. Unter Hinweis hierauf fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Stadtvertretung beschließt die Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2002

- mit den Einnahmen/Ausgaben des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 23.444.379,52 Euro und
- den Einnahmen/Ausgaben des Vermögenshaushaltes in Höhe von 9.958.690,85 Euro.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

10. *–Vorher TOP 12 –*

Bebauungsplan Nr. 83 der Stadt Mölln für eine Wohnbebauung auf dem Gelände Brandt an der Hindenburgstraße

hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Die Vorlage des Stadtbauamtes v. 04.02.04 wird von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, eingebracht und ergänzend kurz erläutert.

Unter Hinweis auf die o.g.Vorlage fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die während der erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplan Nr. 83 eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft. Das Ergebnis ist der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage zu entnehmen.
Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, die Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 BauGB beschließt die Stadtvertretung den Bebauungsplan Nr. 83 für eine Wohnbebauung auf dem Gelände Brandt an der Hindenburgstraße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Bebauungsplan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter ausgeschlossen.

11. 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 der Stadt Mölln für das Gebiet nördlich der Kösliner Straße, östlich der Dr.-Richard-Dörr-Straße

hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Die Vorlage des Stadtbauamtes v. 29.01.2004 wird von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, eingebracht und ergänzend erläutert. Nach Beschlussempfehlung durch den Bauausschuss am 05.02.2004 fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft. Es wurden keine Anregungen und Bedenken vorgebracht.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 92 der Landesbauordnung beschließt die Stadtvertretung die 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 65 für das Gebiet nördlich der Kösliner Straße, östlich der Dr.-Richard-Dörr-Straße, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) , als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO waren keine Gemeindevertreter ausgeschlossen.

12. – Vorher TOP 10-

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 9 der Stadt Mölln für das Gebiet westlich Ratzeburger Straße, östlich der Bundesstraße 207, nördlich des Kleingartengeländes in einer Tiefe von ca. 60 m
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 (1) BauGB

Beratung und Beschlussfassung erfolgen in Abwesenheit von Rats Herrn Kühl gem. § 22 GO.

Die Vorlage des Stadtbauamtes v. 29.01.2004 wird von der Vorsitzenden des Bauausschusses, Rats Herrin Gehrman, eingebracht und ergänzend kurz erläutert.

Rats Herrin Hälsig von der Fraktion Bündnis 90/DieGrünen begründet ihre ablehnende Haltung zur Vorlage. Sie bringt zum Ausdruck , dass die beabsichtigte Planung (Erweiterung eines Autohauses) für eine attraktive Gestaltung im Bereich des Ortseinganges sowie auch für das Wohngebiet „Mölln Nord“ nicht als glücklich angesehen werden kann.

Unter Hinweis auf die o.e. Vorlage fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 9 vorgebrachten Anregungen privater Personen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange hat die Stadtvertretung geprüft. Das Ergebnis ist der der o.e. Vorlage beigefügten Anlage zu entnehmen.

Der Bürgermeister – Stadtbauamt – wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen vorgebracht haben, sowie die Träger öffentlicher Belange, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 92 der Landesbauordnung beschließt die Stadtvertretung den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 9 für das Gebiet westlich Ratzeburger Straße, östlich der Bundesbahnstraße 207, nördlich des Kleingartengeländes in einer Tiefe von ca. 60 m, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text(Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach §10 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 26 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO war Ratsherr Kühl von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen; er war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung anwesend.

13. Dorfentwicklungsplan Amt Nusse, Integration regionaler Projekte aus Mölln hier: Interkommunale Vereinbarung; Bereitstellung Haushaltsmittel

Beratung und Beschlussfassung erfolgen in Abwesenheit von Ratsherr Kühl gem. § 22 GO.

Der Vorsitzende des Tourismus- u. Kulturausschusses, Ratsherr Kühme, bringt die Vorlage des Stadtbauamtes v. 09.02.2004 ein und gibt anhand der Vorlage ergänzende, ausführliche Informationen.

Nach Beschlussempfehlung im Bauausschuss am 05.02.04 sowie im Tourismus- u. Kulturausschuss und im Forst- u. Grünflächenausschuss am 17.02.04 wird jetzt auch die Stadtvertretung um entsprechende Beschlussfassung gebeten.

Ein Dankeschön geht an das Amt Nusse, dass die Stadt Mölln „auf den Zug aufspringen darf“.

Ratsherr Ruhland signalisiert für die FDP-Fraktion Zustimmung; bezweifelt wird jedoch, ob die Verwaltung die verhältnismäßig kurz gesetzten Fristen (§ 5 der Vereinbarung /Anlage 4) einhalten kann.

Diese Bedenken werden von Bürgermeister Engelmann zerstreut.

Die Stadtvertretung fasst sodann unter Hinweis auf die o.e. Vorlage folgenden

Beschluss:

1. Die Stadtvertretung stimmt einer Beteiligung am Dorfentwicklungsplan Nusse mit den in der Anlage 1 und 3 genannten Projekten zu.
2. Die Stadtvertretung stimmt dem Entwurf einer interkommunalen Vereinbarung mit dem Amt Nusse (Anlage 4) zu.
3. Die Stadtvertretung stellt Haushaltsmittel in Höhe von 15.000,--€ im 1. Nachtrag 2004 zur Beteiligung der Stadt Mölln am Dorfentwicklungsplan Nusse bereit. Der Bürgermeister wird gebeten, diese Haushaltsmittel bei Bedarf vorab außerplanmäßig bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO war Ratsherr Kühl von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen; er war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung anwesend.

-Nichtöffentlicher Teil-

(Der Verlauf des nichtöffentlichen Sitzungsteils zu TOP 14 a) ist in einer nichtöffentlichen Anlage zur Niederschrift gesondert festgehalten.)

14. DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg eGmbH

a) Bericht des Bürgermeisters

Nach Ausschluss der Öffentlichkeit berichtet Bürgermeister Engelmann ausführlich über den gegenwärtigen Sachstand aufgrund der Aufsichtsratssitzung am 13.02.2004.

Dabei werden die für die Umbauplanung vom Geschäftsführer in der Sitzung vorgelegten 3 Varianten von Bürgermeister Engelmann erläutert; favorisiert wird die Variante 1.

Nach abschließender Erörterung und Austausch der Meinungen fasst die Stadtvertretung folgenden

Beschluss:

Die Vertreter des Gesellschafters Stadt Mölln werden beauftragt, aufgrund der gegebenen Informationen die Variante 1 in der Gesellschafterversammlung zu beschließen.

Öffentlicher Teil

Der in nichtöffentlicher Sitzung gefasste Beschluss wird von Bürgervorsteher Heidelberg in öffentlicher Sitzung bekannt gegeben.

14. DRK-Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH
b) Antrag der CDU-und der FDP-Fraktion v. 15.02.2004

Erster Senator Michelsen bringt den o.e. Antrag ein. Der Antrag wird von ihm verlesen und erläutert. Zum Ausdruck kommt dabei auch, was Veranlassung für den jetzt vorliegenden gemeinsamen Antrag von CDU-und FDP-Fraktion gewesen ist. Kurz zusammengefasst wird hierzu folgendes festgehalten:

- Seit dem mehrheitlich gefassten Beschluss der Stadtvertretung zur Fusion des Sädt.Krankenhauses mit dem DRK-Krankenhaus Ratzeburg im Jahre 1999 ist die Diskussion um den Bestand des Möllner Krankenhauses nicht abgebrochen.
- Es ist festzustellen, dass die Unzufriedenheit nach wie vor groß ist, die Schmerzgrenze ist erreicht bzw. schon überschritten,
- der bestehende Kooperationsvertrag ist nur noch Makulatur.
- Die bestehende Unzufriedenheit der Stadt Mölln muss dem Mitgesellschafter gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht werden.

Die Stadtvertretung wird um Beschlussfassung des gemeinsamen Antrags gebeten.

Es folgt eine Aussprache über den vorgelegten Antrag; dabei kommen die Meinungen der Fraktionen im einzelnen zum Ausdruck.

Hieraus wird zusammenfassend gesehen stichwortartig festgehalten:

- SPD-Fraktion: erinnert wird daran, dass seinerzeit übereinstimmend die Meinung bestand, dass das Krankenhaus von der Stadt alleine nicht mehr betrieben werden könne; seit Abschluss Kooperationsvertrag gab es jedoch erhebliche Gesetzesänderungen im Gesundheitswesen, man fühlt sich aber jetzt „an der Nase herum geführt“, das kann aber nicht dazu führen, dass der Kooperationsvertrag verdammt und als Makulatur bezeichnet wird. Jetzt ist aber ein Zeitpunkt zum Handeln gekommen, Situation kann so nicht mehr hingenommen werden. Kooperationsvertrag ist aber nach wie vor der richtige Weg, sollte weiter beschritten werden.

- Bedenken bestehen seitens der SDP-Fraktion gegen Formulierungen zu Pkt. 2 und 9 des Antrags, weil die Stadt hier nicht allein zu entscheiden hat.
- FDP-Fraktion: Es geht heute darum, den Kooperationsvertrag zu ergänzen. Auch Ratsherr Ruhland macht Unzufriedenheit deutlich; mit dem Umbau sollte längst begonnen werden, es hat sich seit dem Jahre 2000 nichts getan; Antrag ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt richtig und notwendig.
 - FMW: Auch Ratsherr Reis äußert Unzufriedenheit über die vergangene Entwicklung; beklagt fehlende u. falsche Informationspolitik der früheren Geschäftsführung; man müsse jetzt aber das Beste aus der Situation machen. Dem jetzt vorliegenden Antrag wird zugestimmt.
 - Auf die Bedenken von Ratsherrn Schlegel eingehend werden von Ratsherrn Kühl zu den Ziff. 2 und 9 Ergänzungen vorgeschlagen:
Zu 2: eingefügt wird hinter ...“Konzept“ „...insoweit es das Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH betrifft...“
Zu 9: Eingefügt wird hinter... „Bettenabbau“... „...seitens des Trägers“...
 - Auch Bürgermeister Engelmann signalisiert, dass s.E., der vorliegende Antrag der richtige Weg in die Zukunft ist; auf dieser Grundlage sollte Ergänzung zum Kooperationsvertrag gemacht werden.
Er regt folgende Ergänzungen, Streichungen bzw. neue Formulierungen an:
 - Zu Ziff. 4: hinter : (CT) „...wird in dem med. Konzept als vordringlich angesehen“
 - Zu Ziff. 6: hinter: niedergelassenen Chirurgen „... und der Kassenärztlichen Vereinigung“...
 - Zu Ziff. 9: Streichung des Wortes „weiterer“...

Die Erörterung zeigt, dass CDU- und FDP-Fraktion mit den formulierten Ergänzungen bzw. Streichungen zu den Ziff. 2, 6 und 9 – wie vorgetragen – einverstanden sind.

Nach Abschluss der Diskussion und Austausch der Meinungen fasst die Stadtvertretung aufgrund des o.g. Antrags und unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Ergänzungen bzw. Änderungen zu den Ziff. 2, 6 und 9 folgenden

Beschluss:

1. Die von der Stadt entsandten Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden angewiesen, nachstehende Punkte (2.-10.) in der nächsten Gesellschafterversammlung beschließen zu lassen. Diese Sitzung soll zum frühesten nach den abgeschlossenen Verträgen möglichen Termin stattfinden.
2. Es ist unverzüglich ein tragfähiges Konzept – soweit es das Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH betrifft - für die stationäre medizinische Versorgung im nördlichen Teil des Kreises Herzogtum Lauenburg umzusetzen.
3. Die internistische Station ist vollständig nach Mölln zu verlegen.
4. Die entsprechende Ausstattung mit einem Computertomografen (CT) hat, wie auch bisher zugesagt, unverzüglich zu erfolgen.

5. Es ist eine Einheit zur notwendigen Intensivversorgung der Patienten, nach dem neuesten Stand der Medizintechnik, in Mölln einzurichten.
6. Entsprechend dem Vorschlag des Aufsichtsratsvorsitzenden und des Geschäftsführers der Krankenhaus gGmbH Mölln-Ratzeburg sind sofort Verhandlungen mit niedergelassenen Chirurgen und der Kassenärztlichen Vereinigung aufzunehmen, um am Standort Mölln eine chirurgische Notfallambulanz für 24 Stunden täglich aufzunehmen, die entsprechenden baulichen Voraussetzungen sind dafür beim Umbau des Möllner Hauses zu berücksichtigen.
7. Die Planungen für den Um- und Erweiterungsbeu des Möllner Krankenhauses sind unverzüglich abzuschließen und die prüffähigen Bauunterlagen sind umgehend dem Kieler Ministerium zur Prüfung vorzulegen, dmaß die bereits bereitgestellten Krankenhausinvestitionsmittel nicht verfallen.
8. Der Um- und Erweiterungsbau ist so zu planen und durchzuführen, dass der Standard den Bedürfnissen der Patienten, der Pflegekräfte und der Ärzteschaft voll entspricht.
Gegebenenfalls hat die Gesellschaft die Kosten durch entsprechende Eigenmittel zu ergänzen.
9. Es hat kein Bettenabbau seitens des Trägers zu erfolgen.
Der in der Stadt Mölln befindliche Teil des DRK-Krankenhauses Mölln-Ratzeburg gGmbH muss in den vorhandenen Gebäuden auch zukünftig die stationäre Versorgung sichern und Standort des Rettungsdienstes mit Notarzt bleiben.
10. Die v.g. Punkte sind mit den Partnern des Gesellschaftsvertrages der Krankenhaus Mölln-Ratzeburg gGmbH zur Vermeidung von zukünftigen Missverständnissen als Ergänzung zum Kooperationsvertrag vertraglich zu vereinbaren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

15. Behandlung der Anträge der Fraktionen

a) Antrag der CDU-Fraktion v. 07.01.2004

Betr.: Einrichtung einer regionalen Wirtschaftsinitiative (RWI)

Beratung und Beschlussfassung erfolgen in Abwesenheit von Ratsherrn Brötzmann gem. § 22 GO.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Ratsherrn Kühl, eingebracht, erläutert und ausführlich begründet. Die Stadtvertretung wird um Zustimmung gebeten.

Die Diskussion zeigt, dass die Meinungen hierzu unterschiedlich sind. Vertreter der Fraktionen von SPD-, FMW-, FDP und Bündnis 90/Die Grünen äußern Bedenken gegen die geplante Einrichtung einer regionalen Wirtschaftsinitiative. Zum Ausdruck gebracht wird dabei, dass die Stadt Mölln durch den bereits bestehenden „Regionalbeirat“ die gewünschte Zielrichtung erreichen kann und damit alle Möglichkeiten besitzt, entsprechende Themen dort einzubringen, aufzubereiten und voranzubringen. Man möchte deshalb jetzt nicht noch eine zusätzliche Institution schaffen.

Nach Darlegung weiterer Aspekte durch Ratsherrn Kühl, die für die gewünschte Einrichtung sprechen, und Austausch der Meinungen fasst die Stadtvertretung aufgrund des o.e. Antrags folgenden

Beschluss:

1. Die Stadt Mölln beantragt, im Regionalbeirat die „Regionale Wirtschaftsinitiative“ (RWI), mit dem Ziel, die Wirtschaft der Region zu fördern, einzurichten.
2. Die RWI soll die Interessen von Wirtschaft und Kommunen der Region bündeln und einheitliche Standpunkte zu wirtschafts- und verkehrsspezifischen Fragen festlegen. Durch diese Vorgehensweise sollen die notwendigen Impulse zur Förderung der hiesigen Wirtschaft gegeben werden.
3. Die unterschiedlichen Interessenlagen innerhalb der Region zwischen Verbänden und Organisationen sollen durch die Aktivitäten der RWI harmonisiert und gemeinsam vertreten werden.
4. Das kooperative Zusammenwirken und die gegenseitige Akzeptanz innerhalb der Region, aber auch mit angrenzenden Regionen und Kommunen, stehen im Vordergrund.
5. Die RWI befasst sich sowohl intensiv mit aktuellen Entwicklungsprojekten und Entwicklungschancen, als auch mit Problemstellungen.
6. Die Schaffung von neuen sowie der Erhalt von bestehenden Arbeitsplätzen hat dabei eine besondere Bedeutung.
7. Standortvorteile für ansiedlungswillige Unternehmen sollen in diesem Zusammenhang hervor gehoben werden.
8. Eine vertrauensvolle, intensive Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft im Kreis Herzogtum Lauenburg mbH ist erforderlich und gewünscht.
9. Aus den gemeinsam formulierten Zielvorstellungen werden einheitliche Forderungen entwickelt, um diese unmittelbar in die sachbezogene Diskussion zu bringen.

Diese Forderungen sind, in den gemäß Gemeindeordnung und Amtsordnung vorgeschriebenen Gremien zu beraten – wenn erforderlich – auch zu beschließen.

10. Die Zusammensetzung der RWI soll sich durch hohe Sachkompetenz auszeichnen.
Zu beteiligen sind folgende vier „Säulen“:
- *Wirtschaft* (WFL, HLMS, Unternehmer, IHK, Kreishandwerkerschaft,...)
 - *Politik* (Gemeinde- und Stadtvertreter, Landtagsabgeordnete, Kreistagsabgeordnete, der Regionalbeirat,...)
 - *Verwaltung* (Amtsverwaltung, Stadtverwaltung, Kreis und andere Fachbehörden,...)
 - *Verbände / Vereine* (Stadtmarketing, Gewerkschaften, wirtschaftliche Vereinigungen, Bürgervereine,...)

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen.

Bemerkung: Aufgrund des § 22 GO war Ratsherr Brötzmann von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen; er war weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung anwesend.

- b) Antrag der CDU-Fraktion v. 01.02.2004
Betr.: Umgestaltung des Wochenmarktes

Die Vorsitzende des Bauausschusses, Ratsherrin Gehrman, bringt den Antrag der CDU-Fraktion ein, erläutert und begründet ihn ausführlich. Dabei gibt sie zur bisherigen Entwicklung, die der Wochenmarkt mit seinen unterschiedlichen Standorten in der Vergangenheit genommen hat, ergänzende Informationen und erinnert an die vielen Beratungen und Diskussion, die es zu den verschiedenen Standorten schon gegeben hat. Mit der jetzigen Initiative und dem vorgelegten Antrag erhofft man, eine deutliche Belebung der Innenstadt erreichen zu können. Die Stadtvertretung wird um Zustimmung gebeten.

Ratsherrin Hälsig bringt im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag ein, der ebenfalls eingehend erläutert und begründet wird. Eine Kopie liegt der Niederschrift bei.

Beantragt wird:

„*Punkt 2 des CDU-Antrages wird ersetzt durch:*

„*Der Wochenmarkt soll ab Mai 2004 auf dem Bauhof
und dem verkehrsberuhigten Bereich der Hauptstraße stattfinden.*

Unter Punkt 3 werden der zweite und der dritte Abschnitt ersatzlos gestrichen.“

Die vorliegenden Anträge sind Gegenstand einer ausführlichen Diskussion. Dabei werden unterschiedliche Meinungen deutlich:

- Die SPD-Fraktion wird sich der Stimme enthalten; trotz Bedenken hinsichtlich der gewünschten Zielrichtung des CDU-Antrages bietet sie aber ihre Mitarbeit am Konzept an. Der Antrag von Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.
 - Ratsherr Reis erklärt für die FMW-Fraktion: „Der Markt gehört auf den Marktplatz“-; diese Lösung sollte forciert werden.
 - Von Bürgermeister Engelmann werden unter Hinweis auf die Gewerbeordnung und Verwaltungsvorschriften grundsätzliche Informationen zur Einrichtung von Märkten gegeben; es wird deutlich gemacht, welche Grundvoraussetzungen für Märkte gelten. Ferner informiert er darüber, dass es nach Einschätzung des Verbandes der Marktkaufleute als fraglich angesehen wird, an einem Samstag in Mölln einen zweiten Markt zu eröffnen. Viele Beschicker haben bereits an anderen etablierten, attraktiven Märkten feste Standorte, die man für ein Experiment nicht aufgeben möchte.
- Zusammenfassend gesehen regt Bürgermeister Engelmann seitens der Verwaltung an, die geplante Arbeitsgruppe einzurichten, um ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, diese allerdings zu ergänzen um die sachkundigen Vertreter aus dem

- Landesverband der Marktkaufleute sowie um
- Vertreter der Markthändler des Möllner Wochenmarktes.

Zur Frage des Standortes regt er an, evtl. auch über den Mühlenplatz nachzudenken.

- Ratsherr Ruhland –FDP-Fraktion- zeigt sich ambivalent bezüglich der Standorte;
Der Ansatz, die Innenstadt zu beleben, ist gut und notwendig; nach seiner Einschätzung wird dies durch die Einrichtung eines zusätzlichen Marktes allein aber nicht gelingen.
Die Einrichtung einer weiteren Arbeitsgruppe (Ziff. 3, Abs. 2.u. 3.) wird abgelehnt. Er schlägt vor, es bei Ziff. 3 zu belassen, ergänzt um den von Bürgermeister Engelmann genannten Personenkreis.

Nach Austausch der Meinungen lässt Bürgervorsteher Heidelberg zunächst über den Antrag der CDU-Fraktion unter Berücksichtigung der von Bürgermeister Engelmann zu Ziff. 3, Abs. 3, vorgeschlagenen Ergänzungen zum Teilnehmerkreis abstimmen.

Die Stadtvertretung fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

1. Die Weiterentwicklung der Innenstadt (Altstadt) als „Einkaufsstadt“ Mölln muss weiter organisiert und neue Ideen vorangebracht werden. Deshalb beschließt die Stadtvertretung den „Wochenmarkt“ wie nachstehend aufgeführt, neu einzurichten.
2. Um die unterschiedlichen Vorteile der Standorte des Wochenmarktes in Mölln auf dem Marktplatz und dem Parkplatz am Kurgarten für die Stadt optimal zu nutzen, sollen ab dem Mai 2004 an beiden Standorten am Sonnabend je ein Wochenmarkt zur gleichen Zeit stattfinden.

3. Die zuständigen Ausschüsse (Tourismus- u. Kulturausschuss und Bauausschuss) werden aufgefordert, zusammen mit den jeweiligen Ämtern und der Kurverwaltung bis zum 20. März 2004 ein Konzept zu erarbeiten.

Zur Beschleunigung des Verfahrens ist unverzüglich eine „Arbeitsgruppe“ einzurichten, die den v.g. Ausschüssen zuarbeitet, den Vorsitz der Arbeitsgruppe hat die Bauausschussvorsitzende, Stellvertreter ist der Vorsitzende des Tourismus- und Kulturausschusses.

Arbeitsgruppenmitglieder sind

- die Vorsitzenden einschl. aller Stellvertreter, des Bauausschusses und des Tourismus-u.Kulturausschusses,
- die Fraktionsvorsitzenden oder ihre Stellvertreter,
- die Leiterin der Kurverwaltung,
- der Leiter des Ordnungsamtes,
- der Leiter des Stadtbauamtes,
- 3 Vertreter von Mölln Marketing e.V.
- Vertreter des Landesverbandes der Marktkaufleute
- und Vertreter der Markthändler.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
11 Stimmenthaltungen.

Aufgrund des Ergebnisses der Abstimmung entfällt eine Abstimmung über die weiteren Anträge.

- c) Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion v. 03.02.2004
Betr.: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Mölln
hier: § 6 Ständige Ausschüsse

Von Ratsherrin Hälsig wird im Namen ihrer Fraktion folgender Antrag gestellt:

*„Die Stadtvertretung beschließt
die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Mölln in
§ 6 „Ständige Ausschüsse“
Der Hauptausschuss wird umbenannt in Haupt- und Finanzausschuss.
Der Hauptausschuss wird um die Aufgaben des Finanzausschusses erweitert.
Der Finanzausschuss wird aufgelöst.“*

Zur Begründung weist Frau Hälsig darauf hin, dass beide Ausschüsse zeitnah tagen und durch die Auflösung des Finanzausschusses nach ihrer Einschätzung ca. 1.800 € eingespart werden könnten.

Die Stadtvertretung wird um Zustimmung gebeten.

Die anschließende kurze Erörterung macht deutlich, dass CDU- und SPD-Fraktion dem Antrag ablehnend gegenüberstehen und kein Änderungsbedarf gesehen wird.

Nach Austausch der Meinungen lässt Bürgervorsteher Heidelberg über den vorliegenden Antrag abstimmen; er stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest: 27 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen.

- d) Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion v. 03.02.2004
Betr.: Bedürfnisanstalten
hier: Gebühr für Benutzung

Ratsherrin Hälsig bringt den o.e. Antrag im Namen ihrer Fraktion ein, erläutert und begründet ihn ausführlich. Beantragt wird:

„Die Stadtvertretung strebt an, ihre Bedürfnisanstalten kostendeckend zu betreiben. Die Stadtvertretung beschließt, eine Gebühr für die Benutzung ihrer Bedürfnisanstalten zu erheben. Die Verwaltung wird beauftragt zu ermitteln, wie hoch die Kosten für neue Schließautomaten sind und wie hoch die Kosten für die Benutzung der Toiletten sein müssen, damit die Bedürfnisanstalten kostendeckend betrieben werden können.“

Zur Begründung erinnert Frau Hälsig an die Haushaltsberatungen im Dezember 2003 und die fehlende Bereitschaft, aufgrund ihres damaligen Antrags, Toilettenhäuschen zu schließen. Angesichts der knappen Haushaltslage hält ihre Fraktion es jedoch für notwendig, eine Kostendeckung zu erreichen, z.B. zur Finanzierung des Busses für die Schwimffahrten der Schulen.

Von den Vorsitzenden der CDU-, SPD- und FMW-Fraktion wird in der anschließenden kurzen Aussprache die ablehnende Haltung deutlich. Zur Begründung wird z.B. darauf hingewiesen, dass Einnahmen und Kosten für Automaten bzw. Unterhaltungsaufwand in keinem Verhältnis zueinander stehen.

Nach abschließender Erörterung lässt Bürgervorsteher Heidelberg über den vorliegenden Antrag abstimmen; er stellt folgendes Abstimmungsergebnis fest: 27-Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen.

Zu den Punkten

16. Anfragen und Eingaben u.

17. Persönliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtvertretung
liegt nichts vor.

18. Schließung der Sitzung

Mit einem Dank für die Mitarbeit schließt Bürgervorsteher Heidelberg die Sitzung um 21.15 Uhr.

Matthias Heidelberg
Bürgervorsteher

Elke Spuler
Protokollführerin

Auswertung der Niederschrift 01/04 über die Sitzung der Stadtvertretung am 19.02.2004

Von den Punkten haben folgende Ämter u. Abteilungen Auszüge erhalten:

Öffentlicher Teil:

Zu TOP	1	am 03.03.04	Hauptamt, Vorzimmer
	3	„	Hauptamt, Bürgermeister
	5	„	Kämmereiamt, Bauamt
	6	„	Hauptamt
	7	am 23.02.04	Bürgermeister, Hauptamt, Gleichstellungsbeauftragte, Jugend-, Sport- Schul- u. Kulturamt
	8	am 20.02.04	Kämmereiamt
	9	„	Kämmereiamt
	10	„	Stadtbauamt
	11	„	Stadtbauamt
	12	am 22.02.04	Stadtbauamt
	13	„	Forst- u. Grünflächenamt, Stadtbauamt, Städt. Kurverwaltung

Nichtöffentlicher Teil:

Zu TOP	14a)	am 20./27.02.04	Bürgermeister Engelmann, Ratsherr Kühl als Vors. Gesellvers. DRK-Krankenhaus Mölln- Ratzeburg gGmbH
Nichtöffentliche Anlage		am 02.03.04	Bürgermeister, Hauptamt, Ratsherr Kühl als Vors. Gesellvers. DRK-Krankenhaus Mölln- Ratzeburg gGmbH

Öffentlicher Teil:

Zu TOP	14b)	am 20./26./27.02.04	Bürgermeister, Hauptamt Ratsherr Kühl als Vors. Gesellvers. DRK-Krankenhaus Mölln- Ratzeburg gGmbH
	15a)	am 24.02.04	Bauamt, Bürgermeister, Hauptamt, Kämmereiamt
	15b)	am 25.02.04	Ordnungsamt, Bauamt, Städt. Kurverwaltung
	15c)	am 26.02.04	Hauptamt, Kämmereiamt
	15d)	am 26.02.04	Kämmereiamt, Bauamt

Mölln, den 03.03.2004
Stadt Mölln
Der Bürgermeister
I.A.